

Niederschrift
Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr
DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Sitzungstermin:	Dienstag, 16.08.2011
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:58 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesenheit:

Herr Büchner, Thorsten - SPD	
Frau Busch, Johanna - B90/Die Grünen	
Herr Dehmel, Dominic - SPD	
Frau Kaufmann, Anita - CDU	
Herr Klee, Sascha - Piraten	
Herr Köster-Sollwedel, Henning - Marburger Linke	
Herr Dr. Musket, Ralf - SPD	
Frau Schaffner, Karin - CDU	
Herr Dr. Uchtmann, Hermann - MBL	
Herr Volz, Uwe - B90/Die Grünen	in Vertretung von Frau Dr. Baumann
Herr Dr. Wiegand, Horst - SPD	
Herr Wüst, Wilfried - FDP	entschuldigt

Anwesend waren

vom Magistrat:	Herr Oberbürgermeister Vaupel (bis TOP 4, 19:30 Uhr) Herr Bürgermeister Dr. Kahle (bis TOP 5, 19:50 Uhr)
von der Verwaltung:	Herr Rau – Stadtwerke Marburg Consult Herr Jahnke – Stadtwerke Marburg Consult Herr Dr. Ferdinand – FD 67 Herr Friedrich – Geschäftsstelle
als Gäste für die Agenda-AGs:	Frau Dr. Ackermann – AG Ökologie Herr Schuchardt – AG Verkehr Herr Haberle – AG Nachhaltige Stadtentwicklung
sowie 16 Gäste und 1 Vertreterin der Medien	

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen Form und Frist der Einladung erheben sich keine Bedenken.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.06.2011

Die Niederschrift wird einstimmig angenommen.

TOP 2 Bericht(e) aus den Arbeitsgruppen zur Lokalen Agenda 21

AG Verkehr:

Der Sprecher der AG, Herr Wolfgang Schuchardt, weist auf die nächste Sitzung hin, die wie folgt stattfinden soll:

Montag, den 22.08. 2011, 18:00 Uhr, Rathaus, Raum 2

Tagesordnung:

1. Fußgängerüberwege und Ampelschaltungen
2. Konflikt Lieferverkehr Wilhelmstraße (Rewe rückwärtig Ahrens)
3. Konflikt Schülerverkehr Otto-Ubbelohde-Schule
(Bürgersteig/Radweg/Zebrastrreifen)
4. Campus Planung (Verkehrsrelevanz)
5. Verschiedenes

Er lädt alle Anwesenden zu dieser Sitzung ein.

AG Nachhaltige Stadtentwicklung und AG Ökologie

Für beide AG´s führt der Sprecher, Herr Gerhard Haberle, aus, es habe eine gemeinsame Sitzung beider AG´s gegeben – u.a. sei das Thema Lärm Gegenstand der Beratungen gewesen. Die schriftliche Erklärung von Herrn Haberle wird dem Protokoll beigelegt.

AG Energie

Seitens der AG ist kein Vertreter anwesend. Es wird auf den nächsten Sitzungstermin der AG Energie hingewiesen, die wie folgt stattfinden soll:

30.08.2011, 18 Uhr, Sitzungsraum „Hohe Kante“, Barfüßerstraße 50.

TOP 3 Berichterstattung der Sprecher des Fahrgastbeirates

Bericht von: Michael Herbst, Sprecher des Fahrgastbeirates

Nach vier Jahren Fahrgastbeirat: Der ÖPNV in Marburg

10 Thesen zu Gegenwart und Zukunft

0. Vorweg:

Der Fahrgast ist simpel: Er will schlicht möglichst immer, möglichst oft, möglichst schnell, möglichst direkt, möglichst komfortabel und möglichst billig von A nach B kommen. Um das zu begreifen, bedarf es keines Fahrgastbeirates zweier LNGen. Es geht um Interessenausgleich im Wege der Bürgerbeteiligung. Das

Selbstverständnis des Fahrgastbeirates Marburg/Biedenkopf ist entsprechend das eines halböffentlichen Fachgremiums.

Wenigstens so oft, wie sich Anregungen des Fahrgastbeirates an die Planung (LNG) und die Ausführung (SWM) richten müssen, ist der richtige Adressat gerade in Marburg eigentlich die Politik. Deshalb sind wir sehr dankbar dafür, dass Sie mir heute erlauben, mit Ihnen über den ÖPNV in Marburg zu reden. Vielleicht hilft es ihnen bei Ihren politischen Entscheidungen, wenn ich Ihnen an Stelle eines Tätigkeitsberichtes zehn Thesen zu unserem ÖPNV in Gegenwart und Zukunft vorstelle, wie sie aus der Sicht des Fahrgastbeirates zu formulieren sind.

Was beobachten wir?

1. Das Marburger ÖPNV-Angebot ist erfolgreich: 13 Mio. Fahrgäste jährlich sind für eine Stadt der Größe und vor allem der Siedlungsstruktur Marburgs sehr gut. Knapp 90 % der Fahrgäste erreichen ihr Ziel ohne Umsteigen, ebenfalls ein Spitzenwert. All das belastet den städtischen Haushalt mit lediglich sechsstelligen Beträgen. Man erzählt von 5 - 6 Mio. Euro Gewinnminderung durch den ÖPNV im Querverbund der ehemaligen städtischen Eigenbetriebe. Würde man den ÖPNV einstellen, die Gewinne versteuern und die Haushaltsmittel einsparen, wären 3, eher 4 Millionen mehr in der Kasse. Das ist dann wohl die Größenordnung, die die Stadt für ihre Kernaufgabe der Daseinsvorsorge jährlich investiert. 1 Euro pro gefahrenen Kilometer. Rund 50 Euro pro Einwohner und Jahr. Mit Geld kann man hier umgehen...

2. Die ÖPNV-Organisationsstrukturen in Stadt und Kreis könnten unterschiedlicher kaum sein: Hier der von der Politik bezahlte ÖPNV, der von den politisch beaufsichtigten SWM geleistet und per LNG-Geschäftsversorgung geplant und bestellt wird. Also reichlich politische Gestaltungsmöglichkeit. Dort die mittelfristige Linienbündelbestellung des politisch kontrollierten RNV bei der Privatwirtschaft. Die Politik als Schatzmeister. Ein Nummernschild, zwei Organisationsphilosophien...

3. Das "was" hui, das "wie" ujuui: Die Fahrzeuge könnten sauberer, die AST komfortabler, das kundenbetreuende Personal professioneller, freundlicher, kompetenter sein. Marketing, gar Imagepflege des ÖPNV ist die Sache der SWM nicht. Jedes einzelne der bis zu sechs Verbotsschilder in den Bussen wirkt wie eine Aufforderung zur Suche nach Mobilitätsalternativen. "You get what you pay for." Spricht man mit Busfahrern, hört man viel über schlechte Bezahlung und ungute Arbeitsbedingungen. Das hat Folgen für die Motivation. Für was auch immer die Marburger Politik ihre Gestaltungsmöglichkeiten nutzt, die Mitarbeitermotivation gehört anscheinend nicht dazu (vgl. Personalfuktuation bei den MVG)...

4. Beim Fahrplan wurden in den vergangenen Jahren viele richtige Schritte getan: Der Umsteigeplan wurde zum Taktfahrplan. Die Tageslinien wurden in den Abend hinein verlängert. Der Schulverkehr wurde (leider nur teilweise) aus dem Taktverkehr herausgenommen. Die stark frequentierten AST-Gebiete im Osten erhalten ein Buslinienangebot, wenn Sie das so entscheiden und das sollten Sie schon deshalb tun, weil man es als Erfolg sehen muss, wenn ein AST-Angebot vorhandene Potentiale so weit erschließt, dass die Verkehre in einem kostengünstigerem Busangebot gebündelt werden können. Das sind alles wesentliche Verbesserungen. Sie waren möglich, obwohl andere Verkehrsträger mit Knüppeln warfen (Vertaktung auf der Main-Weser-Bahn). Allerdings: Alle

Bemühungen, für Angebotstransparenz, Merkbarkeit und Alltagstauglichkeit zu sorgen müssen scheitern, wenn mit dem Plan Politik gemacht wird. Einzelfahrtverlegungen und Umwege, die im Nachhinein durchgesetzt werden, sehen bürgernah aus, für wenige - zu Lasten vieler. 2-Stundentakte verheißen Einsparungen, haben aber mit Alltagstauglichkeit nichts gemein. Jede Stadt bekommt den Fahrplan, den sie verdient ...

5. Die Integration der ÖPNV-Angebote in Stadt und Kreis macht Rückschritte: Fast scheint es als habe sich der Kreis vorgenommen, die Stadtbewohner möglichst wenig von seinem Angebot profitieren zu lassen. Das geht bis zu AST-Angeboten, die Relationen zwischen Kernstadt und Außenstadtteilen explizit ausschließen. Das dumme dabei ist, dass wg. Der Linienbündelsystematik des Kreises ein Umdenken bestenfalls mittelfristig stattfinden kann. Festzuhalten bleibt, man leistet sich hier beiderseits einen groß angelegten Verzicht auf Synergiepotentiale...

Was brauchen wir?

6. Angebotssicherheit: In der Schweiz regelt ein Gesetz nach Ortsklassen, welche ÖPNV-Bedienung den Bewohnern quantitativ mindestens zusteht (Bedienungszeiten, Taktdichte, Entfernung bis zur nächsten Haltestelle...). Schließlich treffen nicht nur Unternehmen sondern auch Bürger Standortentscheidungen. Könnte man einen solchen Katalog mit möglichst verbindlicher und langfristiger Wirkung, also über den NVP hinaus, nicht auch für Marburg erarbeiten?

7. Potentialplanung: Die Fahrgastzählung des Jahres 2008 ist zum Totschlagargument für manch' Angebotsbescheidung der letzten Jahre geworden. Ganz davon abgesehen, dass man den statistischen Beleg für einzelne Angebotsmodifikationen längst nicht immer bekommt, wenn man nachhakt, wäre dann immer noch zu fragen, welche Schlüsse aus den Zahlen denn tatsächlich zu ziehen sind. Was wir brauchen, ist eine Fahrgastpotentialanalyse. Sollten wir nicht eher fragen, warum ein Angebot nicht angenommen wird, obwohl die Potentiale doch vorhanden sind, bevor wir das Angebot streichen?

8. Finanzierungssicherheit: Mit Blick auf den schwierigen Energiemarkt wird im laufenden NVP die Verkehrsleistung des ÖPNV um 8 % reduziert. Qualität und Quantität des ÖPNV werden vom unternehmerischen Geschick des örtlichen Stromanbieters und vom Energieverbrauch seiner Kunden abhängig gemacht. Das erinnert an die als gesundheitspolitische Maßnahme getarnte Ertragsoptimierung durch Tabaksteuererhöhung. Sollten wir nicht besser eine Nahverkehrsabgabe in Marburg einführen, um dieser Abhängigkeit entgegenzuwirken?

9. Mehrheitenfahrplan: Schleifen und Umwege in der Linienführung sind oftmals Resultat veröffentlichter Meinung. Vor allem aber sind sie mit Kosten verbunden und was dem einen eine direkte Verbindung schenkt, wird für den anderen zur Geduldsprobe. Sollten wir dem Geld, der Umwelt und den vielen Bürgern, die keine Leserbriefe schreiben können oder wollen, zuliebe nicht hin und wieder Umstiege einplanen?

10. LNG-Vereinigung: Langfristig müssen Stadt und Kreis nicht nur die Mittelfristplanung (NVP) wieder gemeinsam durchführen. Sie müssen zu Strukturen kommen, die es ihnen überhaupt erlauben, gemeinsam zu planen.

Wäre nicht eine gemeinsame LNG von Stadt und Kreis der vernünftigste Weg?

Bedenken Sie bitte stets: Der ÖPNV ist keine lästige Pflichtaufgabe. Er ist nicht nur Verkehrspolitik, Umweltpolitik, Haushaltspolitik, Städteplanung und Infrastrukturförderung. Er ist auch Sozialpolitik. Für mich als Behinderten ist die Frage nach der Alltagstauglichkeit des ÖPNV z.B. gleichbedeutend mit jener sehr existentiellen, inwieweit ich in der Lage bin, am Leben in der Gesellschaft teilzunehmen. Nicht nur deshalb werde ich gerne weiterhin an der Verbesserung unseres ÖPNV mitwirken. Sie auch...?

Für Fragen:

Michael Herbst, Auf der Ebert 18, 35041 Marburg, herbst@dvbs-online.de

Die Vorsitzende des Ausschusses dankt Herrn Herbst für seine Ausführungen.

**TOP 4 Aktualisierung der Fahrpläne für die Universitätsstadt Marburg zum Fahrplanwechsel am 11.12.2011
Vorlage: VO/0381/2011**

Oberbürgermeister Vaupel führt aus, dass der Magistrat den Punkt 6 der Vorlage

„Pilotprojekt Schwachlastverkehre am Abend und am Wochenende für die östlichen Stadtteile“

zurückstellt. Hierüber sollen vorab die Ortsbeiräte beraten.

Für die Stadtwerke Marburg Consult erläutert Christoph Rau die Änderungen zu dem Fahrplanwechsel zum 11.12.2011 und beantwortet die Fragen der Stadtverordneten.

Die den Punkt 6 betreffende Fragen der Fraktionen und Ortsbeiräte sollen vor der nächsten Sitzung direkt an Herrn Rau gerichtet werden:
Christoph.Rau@swmr.de.

Über die Vorlage (ohne Punkt 6) wird abgestimmt. In dieser Form wird sie einstimmig zur Annahme empfohlen.

**TOP 5 Antrag der CDU-Fraktion betr. Toiletten Lahnwiesen
Vorlage: VO/0396/2011**

Für die antragstellende Fraktion erläutert die Stadtverordnete Schaffner die Notwendigkeit der Lösung des Toiletten Problems an den Lahnwiesen.

Der Stadtverordnete Dr. Musket führt aus, dass vor einem Beschluss eine Abschätzung über Bau- und Betriebskosten vorgelegt werden solle und bringt folgenden Änderungsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein:

„Der Magistrat wird aufgefordert, rechtzeitig zu den kommenden Haushaltsberatungen Standortvorschläge sowie eine Abschätzung von

Bau- und Betriebskosten für die Bereitstellung von Toiletten im Bereich Südviertel und Lahnterrassen vorzulegen.“

Bürgermeister Dr. Kahle ergänzt, dass bereits intensive Gespräche mit den Anliegern (Studentenwerk, Cineplex, ...) über die Mitnutzung derer Toilettenanlagen stattgefunden haben.

Nach eingehender Diskussion wird der Vorschlag gemacht, beide Antragstexte zu kombinieren und wie folgt zu ergänzen:

„Der Magistrat wird aufgefordert, sich umgehend mit der Frage der Bereitstellung von Toiletten im Bereich des Südviertels und der Mensa zu kümmern und rechtzeitig zu den kommenden Haushaltsberatungen Standortvorschläge sowie eine Abschätzung von Bau- und Betriebskosten für die Bereitstellung von Toiletten im Bereich Südviertel und Lahnterrassen vorzulegen, damit ggf. die Realisierung 2012 erfolgen kann.“

Dieser Fassung treten alle anwesenden Fraktionen bei.

Der geänderte Antrag wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

TOP 6 Antrag der B90/Die Grünen-Fraktion betr. Projekt "Sozialer Klimaschutz" Richtsberg

Vorlage: VO/0307/2011

Der Stadtverordnete Volz erläutert den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem vorgeschlagenen Projekt „Sozialer Klimaschutz Richtsberg“.

Der Antragstext wird ergänzt und erhält folgende Fassung:

Projekt „Sozialer Klimaschutz“ Richtsberg

„Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Mieterinnen und Mietern, den Wohnungsbaugesellschaften und –genossenschaften zu erreichen, dass durch Modernisierungsmaßnahmen der Energieverbrauch für Heizung und Warmwasser um bis zu 80% gesenkt wird. Gleichzeitig soll erreicht werden, dass die Wohnkosten aus Miete, Nebenkosten und Energiekosten durch die energetische Modernisierung der Wohnhäuser nicht steigen.

Bis Ende 2012 sollen die ersten zwei Projekte geplant, umgesetzt und evaluiert werden.“

Der Stadtverordnete Dr. Musket führt aus, die SPD trete dem Antrag bei. Über den Antrag solle aber erst in einer der nächsten Sitzungen abgestimmt werden, um hierüber vorab im Ortsbeirat Richtsberg sowie im Bau- und Planungsausschuss zu beraten.

In der sich anschließenden Diskussion werden verschiedene Vorschläge für eine Änderung des Antragstextes gemacht:

1. Die Stadtverordnete Schaffner stellt in Frage, warum der Antrag nur auf den Stadtteil Richtsberg ausgerichtet werde und schlägt vor, die GeWoBau solle die Freiheit erhalten selbst festzulegen, in welchem Gebiet und bei welchen Gebäuden begonnen werden solle. Der Beschlusstext solle demnach: „Projekt Sozialer Klimaschutz“ lauten. Die Begründung sei zu ändern.
2. Der Stadtverordnete Köster schlägt vor, im Antragstext das Wort „soll“ durch „muss“ zu ersetzen. Damit erhalte der Beschlusstext folgende Fassung (Änderung fett und kursiv):

„Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Mieterinnen und Mietern, den Wohnungsbaugesellschaften und –genossenschaften zu erreichen, dass durch Modernisierungsmaßnahmen der Energieverbrauch für Heizung und Warmwasser um bis zu 80% gesenkt wird. Gleichzeitig ***muss*** (statt: „soll“) erreicht werden, dass die Wohnkosten aus Miete, Nebenkosten und Energiekosten durch die energetische Modernisierung der Wohnhäuser nicht steigen.“

3. Der Stadtverordnete Dr. Uchtmann weist darauf hin, dass vor dem Beschluss die Kosten bekannt sein müssen und schlägt vor, den Antrag in einen Prüfantrag umzuformulieren.

Er stellt den Geschäftsordnungsantrag, über den Antrag in der nächsten Sitzung zu beraten.

Die Sitzung wird von 20:10 bis 20:14 Uhr unterbrochen.

Der Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung wird einstimmig angenommen. Der Antragstext mit den Protokoll-Ausführungen zu den Änderungsvorschlägen soll an den Ortsbeirat Richtsberg sowie an den Bau- und Planungsausschuss übergeben werden.

TOP 7 Antrag der FDP-Fraktion betr. Verkehrssituation Bereich Oberweg in Wehrda

Vorlage: VO/0345/2011

Die antragstellende Fraktion ist nicht anwesend. Der Stadtverordnete Köster verweist auf eine erfolgte Abstimmung mit dem Antragsteller und tritt dem Antrag bei.

Die Stadtverordnete Schaffner führt aus, der Magistrat führe bereits Gespräche mit Diakonie und Anwohnern. Sie stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag als erledigt zu erklären.

Der Geschäftsordnungsantrag wird mit 2 Ja Stimmen (CDU) gegen 7 Nein-Stimmen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Marburger Linke) bei 1 Enthaltung (MBL) abgelehnt.

Nach intensiver Diskussion wird vorgeschlagen den Antragstext wie folgt zu ändern:

„Verkehrssituation Bereich Diakonie in Wehrda“

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„Der Magistrat wird aufgefordert, in gemeinsamen Gesprächen mit den betroffenen Parteien zu prüfen, wie die Verkehrssituation im Bereich Diakonie für die Anwohner nachhaltig zu lösen ist.“

Dem so geänderten Antragstext treten die Fraktionen Marburger Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD bei.

Ein Text von den beiden BI's, Bürgerinitiative Wehrdaer Straße/Weg und Bürgerinteressensgemeinschaft (BIG) Oberdorf/Alte Siedlung Wehrda, wird ausgeteilt und dem Protokoll beigelegt.

Der geänderte Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen (SPD, Marburger Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MBL) bei 2 Nein-Stimmen (CDU) zur Annahme empfohlen.

TOP 8 Antrag der FDP-Fraktion betr. Verkehrssicherheit

Vorlage: VO/0346/2011

Der Antrag wird zurückgestellt.

TOP 9 Antrag der FDP-Fraktion betr. Glas-Container

Vorlage: VO/0347/2011

Nach Diskussion wird der Antrag zurückgestellt.

TOP 10 Antrag der MBL-Fraktion betr. Wasserqualität in den öffentlichen Gebäuden der Stadt

Vorlage: VO/0400/2011

Der Antrag erhält folgende Fassung:

„Wasserqualität in den öffentlichen Gebäuden der Stadt“

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Magistrat wird aufgefordert, über die bisher durchgeführten Probenahmen (Art und Häufigkeit) zu der Qualität und ggf. bakteriellen Kontamination von Trinkwasser in öffentlichen Gebäuden sowie zu den bislang vorliegenden Ergebnissen zu berichten.“

Der geänderte Antrag wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

TOP 11 Verschiedenes

Es werden keine Ergänzungen eingebracht.

Marburg, 17.08.2011

Jochen Friedrich
Schriftführer